

Arnsberg bei Sexsteuer spitze

Nur wenige Kommunen erheben Gebühren

DÜSSELDORF J Köln macht's schon lange, Dortmund tut es auch, alle anderen Kommunen können es ebenso - eine Sexsteuer erheben. Städte und Gemeinden dürfen in eigener Verantwortung eine Steuer auf sexuelle Vergnügungen erheben, heißt es im NRW-Kommunalabgabengesetz. Wie häufig öffentliche lokale Kassen am Geschäft mit dem Sex mitverdienen, ist im Innenministerium nicht bekannt. Die Tendenz, diese so genannte Bagatellsteuer zu nutzen, ist aber klar steigend, wie jüngste Beispiele beweisen.

Zum Tag der Arbeit wurde etwa in Duisburg nach jahrelangem Rechtsstreit mit Bordellbesitzern eine entsprechende Satzung eingeführt. Erhoffte jährliche Mehreinnahmen für den Kämmerer: 500000 Euro. 'Die Finanznot der Kommunen treibt immer seltsamere Blüten', kommentiert André Kuper die Entwicklung. Der Kommunalexperte der CDU-Landtagsfraktion hat mittels einer Klei-

nen Anfrage an die Landesregierung erfahren wollen, wie häufig die Sexsteuer erhoben wird. Das Innenministerium verweist in der Antwort auf Angaben des Informationssystems Finanzstatistik (ISF), demnach im vergangenen Jahr 14 Kommunen Einnahmen aus der Sexsteuer gemeldet haben. Die Erläuterungen sind für den CDU-Landtagsabgeordneten allerdings unbefriedigend, denn die großen Städte - etwa Köln - tauchen in der Rubrik 'Steuer auf sexuelle Vergnügungen' gar nicht auf. Entweder werden diese Einnahmen unter dem großen Posten Vergnügungssteuer verbucht oder die Daten sind unvollständig. 'Die kommunale Finanzstatistik enthält viele Fehler', befindet Kuper und rügt, dass auf der Basis dieses Systems neuen Milliarden Euro an Schlüsselzuweisungen vergeben werden.

Zumindest unvollständig ist damit die Zahl von 288286 Euro, die die Sexsteuer in den 13 Kommunen eingenom-

men haben. Eine Spitzenstellung nimmt in dieser Statistik übrigens Arnsberg ein: 39116 Euro brachte die Sexsteuer dort - bei einer Gesamt-Gemeindesteuerkraft von 1396380 Euro.

Der Ertrag der Steuer stehe in keinem Verhältnis zum Aufwand, kommentiert Eberhard Kanski vom NRW-Steuerzahlerbund die Erhebung aller Bagatellsteuern. Das Aufkommen bei der Sexsteuer sei verhältnismäßig gering und nicht geeignet, die kranken Kommunalhaushalte gesund zu machen. Ganz andere Kritik kommt von den Liebesdienstleistern: Die zusätzlichen Kosten für die Abgabe könnten nicht einfach den Kunden auferlegt werden, denn die seien nicht bereit, mehr zu zahlen. Bordellbetreiber und Prostituierte verweisen auf einen umkämpften und einen kleiner werdenden Markt mit geringen Margen.

Von Robert Vornholt